

PROTOKOLL DES GEMEINDERATES

GR

8. Sitzung

Dienstag, 12. September 2017, 19.30 Uhr, Gemeinderatssaal im Landhaus Solothurn

Vorsitzender: Kurt Fluri, Stadtpräsident

Anwesend: 21 ordentliche Mitglieder
9 Ersatzmitglied

Entschuldigt: Susanne Asperger Schläfli
Pirmin Bischof
Laura Gantenbein
Markus Jäggi
Beat Käch
Katrín Leuenberger
Melanie Martin
Moirá Walter
Marianne Wyss

Ersatz: Damian Gasser
Jasmin Heim
Philippe JeanRichard
Patrick Käppeli
Christof Schauwecker
Martin Schneider
Kemal Tasdemir
Melanie Uhlmann
Sven Witmer

Stimmzähler: Stefan Buchloh

Referenten / Referentin: Hansjörg Boll, Stadtschreiber
Marco Jost, PPCmetrics AG
Andrea Lenggenhager, Leiterin Stadtbauamt
Reto Notter, Finanzverwalter

Protokoll: Doris Estermann

Traktanden:

1. Protokoll Nr. 7
2. Information Pensionskasse
3. Validierung der Gemeindebeamtenwahlen vom 2. Juli 2017
4. Rechnungsprüfungskommission; Orientierung
5. Erneuerungswahl Friedensrichter und Stellvertretung; Amtsdauer 2017/2021
6. Wahl des Ausschusses für Geschäftsprüfung
7. Wahl der durch den Gemeinderat zu wählenden städtischen Kommissionen für die Amtsdauer 2017 - 2021
8. Wahl der Vertretungen der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn in anderen Verwaltungen und Korporationen für die Amtsdauer 2017 - 2021
9. Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Wahlbüros für die Amtsdauer 2017 - 2021
10. Wahl der Mitglieder des Seniorenrates für die Amtsdauer 2017 - 2021
11. Regio Energie Solothurn; Wahl der Revisionsstelle
12. Finanzplan 2018 - 2021
13. Interpellation der CVP/GLP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Claudio Hug, vom 15. November 2016, betreffend „Probleme bei der IT in der Stadt Solothurn“; Beantwortung
14. Verschiedenes

Eingereichte parlamentarische Vorstösse:

Motion der Fraktion der Grünen der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Heinz Flück, vom 12. September 2017, betreffend «Einführung von Tempo 30 im Loretoquartier»; (inklusive Begründung)

Interpellation der SP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichnerinnen Lea Wormser und Katrin Leuenberger, vom 12. September 2017, betreffend «Wie sind die Arbeitsbedingungen des nebenamtlichen Personals bei der Stadt Solothurn?»; (inklusive Begründung)

12. September 2017

Geschäfts-Nr. 62

13. Interpellation der CVP/GLP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Claudio Hug, vom 15. November 2016, betreffend «Probleme bei der IT in der Stadt Solothurn»; Beantwortung

Referent: Kurt Fluri, Stadtpräsident

Vorlage: Interpellation mit Interpellationsantwort vom 5. September 2017

Die **CVP/GLP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Claudio Hug**, hat am 15. November 2016 folgende **Interpellation mit Begründung** eingereicht:

«Probleme bei der IT in der Stadt Solothurn

Dem Vernehmen nach gab es in letzter Zeit eine Häufung von IT-Ausfällen und -Problemen in Schulen und Verwaltung der Stadt Solothurn. Diese erschwerten das Arbeiten für die Angestellten teilweise erheblich. Die Öffentlichkeit wurde bis anhin kaum informiert, weshalb das Stadtpräsidium um die Beantwortung folgender Fragen gebeten wird:

1. Welche Systeme waren seit Anfang 2016 ausgefallen oder von Problemen betroffen? Für wie lange? Welche Abteilungen und wie viele Mitarbeitende waren betroffen? Welche Schäden entstanden?
2. Was sind die Ursachen für die Probleme? Welche Massnahmen wurden getroffen? Waren die Massnahmen erfolgreich? Gibt es Probleme, die noch nicht gelöst sind?
3. Welche personellen und finanziellen Ressourcen wurden bzw. werden noch zur Behebung der Probleme benötigt?
4. Ist das Stadtpräsidium bereit, die im Zusatzbericht der Rechnungsprüfungskommission über die Rechnung 2015 festgehaltene Empfehlung vollumfänglich umzusetzen? Diese lautet wie folgt:

„Die RPK beantragt durch den Stadtpräsidenten ein EDV-Konzept in Auftrag zu geben, welches insbesondere nachfolgende Themenbereiche regelt und organisatorisch umsetzen lässt:

- Die Grundlagen zum Betrieb der IT sind zu analysieren. Die Grundlagen sollen in einem aktuellen EDV-Konzept umfassend festgehalten werden.
- Die Verantwortung für die Führung und das Controlling der ICT ist innerhalb der Stadtverwaltung zu definieren.
- Leistungsaufträge an die Regio Energie sind detailliert auszuarbeiten und müssen periodisch geprüft werden. Die Kosten müssen transparent gehalten werden und müssen bei Bedarf auch einem Drittvergleich standhalten.“»

Das Stadtpräsidium nimmt nach Rücksprache mit der Regio Energie Solothurn (RES) wie folgt Stellung:

Im Hinblick auf die Beantwortung dieser Interpellation sind zwischen RES, Schuldirektion und Stadtpräsidium verschiedene Gespräche geführt worden. Zwischen RES und Schuldirektion konnten für die Fragen 1 – 3 keine übereinstimmenden Antworten gefunden werden.

Daraus ergab sich eine grosse Zeitverzögerung bei der Beantwortung dieser Interpellation, da dem Gemeinderat nicht zwei Versionen einer Beantwortung zugestellt werden können.

Inzwischen hat die RES am 29. Juni 2017 die Vereinbarung „ICT-Support für die Stadtschulen der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn vom 17. März 2005“ auf Ende dieses Jahres gekündigt. Unter diesen Umständen ist es müssig, zwischen den beiden Vertragsparteien weitere Ursachenforschung zu betreiben. Die folgenden Antworten – nach Rücksprache mit der RES – beziehen sich deshalb auf die übrige Stadtverwaltung.

Frage 1:

In der Stadtverwaltung und bei der Regio Energie Solothurn (nicht aber bei den Schulen der Stadt Solothurn) kam es im August 2016 zu einem Vorfall, der sich ab September 2016 wiederholte und sich mit der Zeit verschärfte. Ende Oktober konnte das Problem gelöst werden konnte.

Dabei waren jeweils an ein bis zwei Tage pro Woche einzelne Anwendungen auf sämtlichen Arbeitsstationen während ca. 30 bis 45 Minuten nicht verfügbar. Dies betraf mehrheitlich Mail-, Internet- und MS-Office-Anwendungen, vereinzelt aber auch sogenannte Business-Applikationen. Die Unterbrüche traten mit fortschreitender Zeit in immer kürzeren Abständen auf, was das Risiko von Datenverlusten aufkommen liess. Um diesem Risiko entgegenzuwirken, sah sich die RES am 24. Oktober 2016, um 16:30 Uhr gezwungen, das gesamte Netz der Stadtverwaltung herunterzufahren und daraufhin eine Migration durchzuführen. Mit diesem einschneidenden Schritt konnten vorsorglich Datenverluste und allfällige weitere Schäden vermieden werden.

Im Hinblick auf diesen grossen Einschnitt bildete die RES einen Führungsstab, in welchem die EGS mit dem Stadtschreiber vertreten war. Der proaktiven Kommunikation wurde ein hoher Stellenwert beigemessen, so dass die Kader der EGS (wie auch der ebenso betroffenen RES) die Einsätze ihrer Mitarbeitenden disponieren konnten. Dank diesen Massnahmen konnten sowohl bei der RES als auch bei der EGS in diesen Zeit entweder aufgelaufene Mehrstunden kompensiert oder andere Arbeiten verrichtet werden, die nicht PC-basiert waren. Dadurch konnte ein Schaden wegen fehlender IT-Unterstützung weitgehend vermieden werden.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober 2016 wurde das gesamte Rechenzentrum auf einer neuen Hardware neu aufgebaut, in Betrieb genommen und die Anwendungen und Daten auf die neue Infrastruktur migriert. Am 25. Oktober 2016, um 08:45 Uhr, waren alle geschäftsrelevanten Anwendungen wieder uneingeschränkt verfügbar. Seit diesem Umbau laufen die Systeme zuverlässig. Die Ursache konnte zwischenzeitlich erkannt und das Problem behoben werden. Der Ausfall der Server war bei der Stadtverwaltung das einzige Problem, das sich aber über zwei Monate in unregelmässigen Abständen wiederholte und einzelne Applikationen für 30 – 45 Minuten störte. Betroffen waren alle Abteilungen und Mitarbeitenden, welche zu dieser Zeit am PC mit der jeweils betroffenen Applikation arbeiten wollten. Eine präzise Erfassung der Betroffenen, inkl. Angaben der Dauer, ist uns leider nicht möglich. Aufgrund der Kompensation von Mehrstunden oder dem Umdisponieren auf andere Tätigkeiten ist dies auch mit vernünftigem Aufwand nicht rekonstruierbar.

Frage 2:

Leider war es uns lange Zeit, aufgrund laufender Verfahren gegenüber einem Mitarbeitenden nicht möglich, offen über die Probleme und Lösungen zu kommunizieren. Die Ursache für die Unterbrüche in der Verfügbarkeit einzelner Anwendungen ist auf einen Sabotageakt, eines im selben Jahr neu eingetretenen internen Mitarbeiters der Regio Energie Solothurn, zurückzuführen. Unmittelbar nachdem die Regio Energie Solothurn die Ursache eingrenzen und

den kausalen Zusammenhang erhärten konnte, wurde dem Mitarbeitenden die fristlose Kündigung ausgesprochen. Er musste den Arbeitsplatz unter Aufsicht innert einer Stunde räumen. Weiter wurde ihm unmittelbar jeglicher Zutritt zur Regio Energie Solothurn verboten. Seither ist dieses Problem nicht wieder aufgetreten.

Als ergänzende Sicherheitsmassnahme hat die Regio Energie Solothurn externe Experten beauftragt, bestehende Sicherheitsvorkehrungen besonders kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen. Bisher konnte uns keine nennenswerte Lücke aufgezeigt werden.

Frage 3:

Der Umbau der Rechenzentrum-Infrastruktur (welche nicht nur der EGS dient!) belief sich auf rund Fr. 336'000.--. Diese Summe kann nun aber nicht als „Schadenssumme“ bezeichnet werden, da darin auch Erweiterungen bezüglich Ausfallsicherheit und eine erhöhte Leistungsfähigkeit enthalten sind, was einer besseren Infrastruktur entspricht, als sie zuvor bestand. Die Prüfung auf mögliche Sicherheitslücken durch externe Experten kostet weitere rund Fr. 25'000.--. Allfällige, daraus resultierende Massnahmen und Vorkehrungen können zum aktuellen Zeitpunkt nicht beziffert werden. Die personellen Kosten, welche bei der EGS entstanden, lassen sich nicht beziffern.

Frage 4:

Anlässlich eines Gesprächs mit dem Stadtpräsidenten und der Leiterin Rechts- und Personaldienst am 24. Februar 2017 wurde der Rechnungsprüfungskommission erklärt, weshalb die Empfehlung der Kommission nicht umgesetzt wurde. Daher stellt sie den Antrag im Erläuterungsbericht über die Rechnung 2016 mit gleichem Wortlaut erneut. Als Antwort auf Frage 4 der Interpellation können daher die gleichen Ausführungen gemacht werden, wie in der Stellungnahme zu den Empfehlungen der Rechnungsprüfungskommission:

„Die Regio Energie Solothurn (RES) ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Unternehmung der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn (EGS) mit eigener Rechtspersönlichkeit (§ 1 der Statuten RES). Sie ist per 1. Januar 1994 aus der städtischen Verwaltung ausgegliedert worden, gehört aber seit daher und nach wie vor zu 100 Prozent der EGS. Deren Gemeinderat wählt den Verwaltungsrat und die Revisionsstelle der RES. Deren Jahresrechnung sowie der Bericht ihrer Revisionsstelle sind durch die Behörden der Einwohnergemeinde, letztlich somit durch die Gemeindeversammlung zu genehmigen bzw. zur Kenntnis zu nehmen.

Gemäss § 11 des Konzessionsvertrages zwischen der EGS und der RES vom 1. Januar 1994 überlässt die EGS die Führung des „EDV-Zentrums“ für die Stadtverwaltung der RES. Somit liegt die strategische und konzeptionelle Hoheit über die städtische Informatik beim gemeinsamen EDV-Koordinationsausschuss, weil die EGS und die RES seit deren Ausgliederung gemeinsam eine Informatikabteilung führen. Dieser Grundsatz gilt nach wie vor. Die Überarbeitung des bisherigen und der Ersatz durch ein allfälliges neues Informatik-Konzept liegt deshalb im Verantwortungs- und Zuständigkeitsbereich dieses Koordinationsausschusses, wie wir dies bereits in unseren Stellungnahmen zu den Erläuterungsberichten 2014 und 2015 geäussert haben.“

Claudio Hug bedauert, dass heute von den betroffenen Abteilungen niemand anwesend ist. Die Beantwortung hat ihn einigermaßen sprachlos gemacht. Offenbar sind da wirklich ein paar dicke Hunde begraben. In der Beantwortung steht tatsächlich, dass sich die RES und die Schuldirektion nicht auf übereinstimmende Antworten einigen konnten. Aber weil die Schule und die RES ihre Vereinbarung ja jetzt gekündigt haben, sei eine weitere Ursachenforschung müssig. So eine Antwort empfindet die CVP/GLP-Fraktion als sehr unbefriedigend. Die ersten drei Fragen waren ja sehr einfache, sachliche Fragen, auf die es eigentlich auch einfache, sachliche Antworten geben müsste. Wenn es nicht einmal möglich ist, dass

sich die beteiligten Stellen auf eine gemeinsame, objektive Analyse der Probleme einigen können, wie soll dann zusammengearbeitet werden? Das ist aus ihrer Sicht eine absolute Bankrotterklärung des heutigen Steuerungsmodells mit dem sogenannten EDV-Koordinationsausschuss. Dort sollen Vertreter der Stadt und der RES gemeinsam die konzeptionelle und strategische Steuerung wahrnehmen, aber das klappt ja ganz offensichtlich nicht einmal ansatzweise. Man hätte wohl erwarten dürfen, dass, wenn sich die zwei Parteien nicht einigen können, sich der Stadtpräsident ein eigenes Bild macht und dieses wiedergibt, oder zumindest die beiden Sichtweisen darstellt. Wenn man dies liest, ist es offensichtlich, dass die Forderung der RPK hochaktuell ist, dass man die Verantwortung für die Führung und das Controlling der ICT innerhalb der Stadtverwaltung definieren soll, weil geführt wird hier seitens der Stadt ja offenbar nicht. Es wäre sicher auch eine spannende Frage für den GPA, zu untersuchen, was da eigentlich geschehen ist, weil man sich ja auch fragen muss: Wenn es mit der Schule nicht klappt, weshalb soll dann die Zusammenarbeit mit der übrigen Verwaltung besser klappen? Oder war es einfach die Schule, die eine zu „schwierige“, mühsame Kundin war und selber schuld an den Problemen war? Diese Ursachenforschung ist aus ihrer Sicht relevant zur Verhinderung künftiger Probleme und nicht einfach müssig, so wie es der Stadtpräsident schreibt.

Nun zu den Antworten der einzelnen Fragen. Die CVP/GLP-Fraktion bedankt sich für die transparente Beantwortung der Fragen aus Sicht der Stadtverwaltung, aber auch hier ergeben sich viele Folgefragen.

Zu den Fragen 1 - 3:

Zuerst einmal hält der Referent fest, dass er leer geschluckt hat, als er dies las. Ein Sabotageakt in unserer Stadt, wie kann das sein? Weshalb macht jemand so etwas, was war sein Motiv?

Dann gibt es noch weitere Fragen: Wenn man davon ausgeht, dass das Personal im Normalfall produktiv ist und wir annehmen, dass ca. 200 Personen 1 Tag nicht arbeiten konnten, dann ergibt sich daraus einen Schaden von etwa Fr. 100'000.--, auch wenn das nicht direkte finanziellen Mehrkosten sind. Dazu kommen noch die erwähnten direkten Kosten von Fr. 336'000.-- und Fr. 25'000.-- und einen beträchtlichen personellen Aufwand bei der Regio Energie, d.h. alles in allem ein Schaden von einer halben Million. Es stellen sich dabei folgende Fragen:

- Gibt es ein Strafverfahren?
- Kann man Schadenersatz fordern von der fehlbaren Person?
- Wird die RES belangt?
- Wie konnte es möglich sein, dass über einen so langen Zeitraum solche Systemstörungen aufgetreten sind, ohne dass man die Ursachen erkannt hat?
- Werden von Seiten der RES genügend personelle Ressourcen bereitgestellt, um die Bedürfnisse der Stadt zu befriedigen?

Er wäre schon noch froh, wenn der Gemeinderat auf diese Fragen noch etwas genauere Antworten erhalten würde.

Zur letzten Antwort, nämlich die auf die vierte Frage: Diese Antwort ist ein absoluter Nuller. Es wird überhaupt nicht auf den Antrag der RPK eingegangen. Wenn der Stadtpräsident der Meinung ist, dass das heutige Modell richtig und gut ist, dann hätte er das ja begründen und argumentieren können, was daran so gut ist und weshalb der Vorschlag der RPK nichts bringt, aber er beschränkt sich hier auf ist eine reine Beschreibung des Status quo und die geltenden gesetzlichen Grundlagen.

Nur weil man im Jahr 1994 einmal definiert hat, dass die RES das EDV-Zentrum für die Stadtverwaltung führt, muss das ja nicht immer so bleiben, vor allem wenn man ja sieht,

dass es offensichtlich nicht so gut läuft. Im gegenseitigen Einvernehmen könnte die Stadt den Konzessionsvertrag mit der Regio Energie jederzeit ändern, und sonst halt ordentlich per Ende 2022, wobei man das ja bis 2020 machen müsste wegen der zweijährigen Kündigungsfrist, was übrigens auch so etwas Unsägliches ist. Von der Zusammenarbeit mit einem gemeinsamen EDV-Koordinationsausschuss steht nach ihrem Wissen gar nichts im Konzessionsvertrag, hier könnte man die Steuerung per sofort anpassen, wenn man denn wollte.

Würde man sich ein wenig herumschauen, würde man sehen, dass alle Städte ringsherum eine verantwortliche Stelle für Informatik definiert haben und zwar innerhalb der Stadtverwaltung. Eine Stelle, welche die Bedürfnisse der verschiedenen Abteilungen aufnimmt und entscheidet, was ist ein „Muss“ und was jetzt wirklich nur ein „Nice-to-have“. Dann kann diese Stelle zum Leistungserbringer gehen und sagen, was die Stadt gerne hätte und die Konditionen verhandeln und auch was geschieht, wenn der Leistungserbringer seine Pflichten nicht erfüllt, so wie das bei der RES geschehen ist. Dies wäre zumindest ein Modell, wie man es besser machen könnte, und es ist eigentlich wirklich schade, dass wir das hier diskutieren müssen und das nicht schon lange eingesehen wurde, nachdem die RPK schon seit mehr als zwei Jahren darauf aufmerksam gemacht hat.

Vielleicht müsste man aber sogar noch viel weiter gehen und die Rolle der RES als IT-Anbieter grundsätzlich in Frage stellen. So wie wir das nämlich hier präsentiert erhalten haben und auch schon an der Diskussion an der letzten Sitzung, als es um die Zusammenarbeit mit den Schulen ging, erhielt man einen völlig unprofessionellen Eindruck von der Art und Weise wie da zusammengearbeitet wird. Dies hat sich nun bestätigt. Der Referent erlaubt sich deshalb folgende Frage: Wäre ein solcher Sabotageakt in dem Ausmass möglich gewesen, wenn der Anbieter z.B. Swisscom oder anders heissen würde? Wenn ja, hätte es bei denen auch 3 Monate gedauert, bis man das Problem gefunden hätte? Er kann sich dies fast nicht vorstellen. Er macht jetzt mal hinter die Wettbewerbsfähigkeit dieser Leistung der RES ein grosses Fragezeichen. Seines Erachtens sollte sich die Stadt zumindest einmal die Frage stellen, ob es nicht besser wäre, die Informatikleistungen der Stadt auszuschreiben. Die RES könnte sich ja bewerben, und wenn sie es am besten machen kann, ist ja alles gut. Ansonsten würde die Stadt sicher besser fahren, einen anderen Anbieter zu wählen. In diesem Fall wäre es auch nicht sinnvoll für die RES, wenn sie ein Geschäftsfeld betreibt, in dem sie nicht konkurrenzfähig ist, aber das ist dann eher ein Problem, worum sich der Verwaltungsrat kümmern müsste. Mit einer Ausschreibung wäre aber auf jeden Fall der Auftrag der RPK erfüllt, dass das Angebot der RES einem Drittvergleich standhalten muss.

Als Fazit hält der Referent fest, dass das heutige Steuerungsmodell keine Zukunft hat. Zur Lösung des Problems sieht die CVP/GLP-Fraktion folgende zwei Ansätze:

- Das eine ist eher eine sanfte, nämlich eine Entflechtung der Rollen. Als Mindestvorgabe ist bei einem solchen Vorgehen der Antrag der Rechnungsprüfungskommission genommen werden. Es gibt keinen Grund, weshalb hier nicht die Politik das Heft in die Hand nehmen kann.
- Die Alternative wäre dann der radikale Schnitt mit einer Neuausschreibung der Leistungen.

Die CVP/GLP-Fraktion wird sich vorbehalten, in naher Zukunft einen Vorstoss in die eine oder die andere Richtung einzureichen, da für sie der Status quo keine Option ist.

Stadtpräsident **Kurt Fluri** informiert, dass der Sabotageakt innerhalb der RES erfolgt ist. Wenn etwas nicht klappt, wird die Ursache dafür wohl nicht zuerst bei den Mitarbeitenden gesucht. Die Probleme bestanden bisher ausschliesslich zwischen der Schule und der RES. Er selber wird wohl kaum ein Machtwort sprechen. Es gibt unterschiedliche Meinungen zwischen den beiden Parteien und keine Übereinstimmung, was zu akzeptieren ist. Deshalb wurde nun schlussendlich der Vertrag aufgelöst. Anlässlich der Auslagerung wurde dieser

Schritt als sinnvoll erachtet. Die Zusammenarbeit war bisher - mit Ausnahme der Schulen - immer gut.

Es wird zur Kenntnis genommen, **dass die Interpellanten von der Interpellationsantwort nicht befriedigt sind.**

Verteiler

Stadtpräsidium

Regio Energie Solothurn, Herrn Andreas Bühler, Leiter ICT + BPM

Schuldirektion

ad acta 012-5, 041